

BMIMI - IV/E2 (Oberste Eisenbahnbehörde Genehmigung Infrastruktur und Fahrzeuge)
e2@bmimi.gv.at

Laut Verteiler



Mag. Stefan Bugnits
Sachbearbeiter

stefan.bugnits@bmimi.gv.at
+43 1 71162 652617
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-Adresse zu richten.

Geschäftszahl: 2025-1.068.358

Wien, 7. Jänner 2026

**Bahnstrecke Knoten Wagram – Salzburg Hauptbahnhof (VzG-Strecke 10102)
Bahn-km 274,60 – km 275,00**

**Errichtung Photovoltaikanlage „Frankenmarkt“, KG Kirchham in der Gemeinde Frankenmarkt
Antrag auf eisenbahnrechtliche Änderungsgenehmigung gemäß § 31 EisbG**

Kundmachung und Parteiengehör

Mit Bescheid des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur vom 22.09.2025, GZ. 2025-0.231.062, wurde der ÖBB-Infrastruktur AG die eisenbahnrechtliche Baugenehmigung gemäß § 31 Eisenbahngesetz (EisbG) für die Errichtung der Photovoltaikanlage „Frankenmarkt“, KG Kirchham in der Gemeinde Pöndorf, erteilt.

Mit Schreiben vom 19.12.2025 beantragte die ÖBB-Infrastruktur AG die Erteilung einer eisenbahnrechtlichen Baugenehmigung für die zusätzlich Errichtung einer Batteriespeichereinrichtung mit einer Leistung von rund 700 kW und einer Kapazität von insgesamt rund 1,5 MWh. Laut Angaben der Bauwerberin sollen die Batteriespeicher innerhalb der Photovoltaikanlage auf Eigengrund errichtet werden.

Der Bauentwurf und ein Gutachten gemäß § 31a EisbG wurden dem Antrag angefügt.

Vorhaben

Das Änderungsvorhaben umfasst insbesondere folgende Einzelbaumaßnahmen:

- Errichtung von 8 Stück Lithiumeisenphosphat-Batteriespeichern mit einer Leistung von 88 kW und einem nominellen Energiegehalt von rund 186 kWh, welche DC-seitig an die Wechselrichter gekoppelt werden.

Geplante Eckdaten:

Zelltechnologie:	LFP (LiFePO4)
Nennspannung:	665,6 V DC
Max. DC-Leistung:	88 kW

Nomineller Energieinhalt:	186 kWh
Nutzbarer Energieinhalt:	177 kWh bei 95 % DOD
C-Rate:	≤ 0,5
Kühlsystem:	Luftkühlung
Schutzklasse:	IP55
Integriertes Feuerlöschsystem:	Aerosol-Löschsystem
Zertifikate und Normerfüllung:	UN38.3
	UN3480
	IEC62619
	IEC63056
	EN IEC61000-6-2(4)

Zeit und Ort der Einsichtnahme

Zur Wahrung des Parteigehöres im Sinne des § 45 Abs 3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (AVG) werden der Antrag, die Projektunterlagen und das Gutachten gemäß § 31a EisbG nunmehr vollständig aufgelegt und somit den Parteien und Beteiligten im Verfahren zugänglich gemacht.

In den Antrag und die weiteren Projektunterlagen kann in der Zeit von 14.01.2026 bis 29.01.2025 bei den folgenden Stellen Einsicht genommen werden:

- Gemeindeamt der Gemeinde Pöndorf
Pöndorf 5, 4891 Pöndorf

Zeit und Ort der Einsichtnahme sind bei der Gemeinde zu erfragen (07684 7113)

- Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, Abteilung IV/E2 –
Oberste Eisenbahnbehörde, Radetzkystraße 2, 1030 Wien, nach vorheriger telefonischer Anmeldung (+43 1 71162 652807)

Die Parteien und Beteiligten können sich Abschriften von den aufgelegten Unterlagen machen oder auf eine Kosten Kopien anfertigen.

Parteistellung

Die Parteistellung richtet sich gegenständlich nach § 31e EisbG iVm. § 8 AVG.

Parteien im eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsverfahren sind der Bauwerber bzw. die Bauwerberin, die Eigentümer:innen der betroffenen Liegenschaften, die an diesen dinglich Berechtigten, die Wasserberechtigten und die Bergwerksberechtigten. Betroffene Liegenschaften sind außer den durch den Bau selbst in Anspruch genommenen Liegenschaften auch die, die in den Bauverbotsbereich oder in den Feuerbereich zu liegen kommen, sowie die, die wegen ihrer Lage im Gefährdungsbereich Veränderungen oder Beschränkungen unterworfen werden müssen.

Angemerkt wird, dass im gegenständlichen Verfahren nur jenen Personen Parteistellung zukommt, die von der Änderung des Vorhabens betroffen sind. Aus der Errichtung der bereits mit Bescheid des Bundesministers für Innovation, Mobilität und Infrastruktur vom 22.09.2025, GZ. 2025-0.231.062, genehmigten Anlage kann keine Parteistellung abgeleitet werden.

Einbringung von Stellungnahmen bzw. Einwendungen

Den Parteien und sonstigen Beteiligten wird die Möglichkeit eingeräumt, zu dem gegenständlichen Bauprojekt und zu dessen Unterlagen eine allfällige Stellungnahme abzugeben bzw. Einwendungen dagegen zu erheben.

Allfällige Stellungnahmen bzw. Einwendungen sind bis spätestens 29.01.2026 beim Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur, Abteilung IV/E2 – Oberste Eisenbahnbehörde, Radetzkystraße 2, 1030 Wien, einzubringen. Es besteht auch die Möglichkeit, schriftlich Einwendungen per E-Mail (e2@bmimi.gv.at) zu übermitteln. Bitte beachten Sie jedoch, dass der Absender die mit der Übermittlungsart verbundenen Risiken (z.B. Übertragungsfehler, Verlust des Schriftstückes) trägt.

Zusätzlich wird zur Wahrung der Interessen der betroffenen Gebietskörperschaften gemäß § 31d EisbG die Kundmachung auch der Gemeinde Pöndorf zur Abgabe einer Stellungnahme übermittelt. Anzumerken ist, dass es sich dabei um ein Anhörungsrecht der sachlich und örtlich betroffenen Gebietskörperschaft handelt, welches jedoch keine Parteistellung in der Sache selbst verleiht.

Allgemeines zur Kundmachung

Das gegenständliche eisenbahnrechtliche Verfahren wird zusätzlich zur persönlichen Verständigung der Parteien bzw. bekannten Beteiligten durch Anschlag dieses Schriftstückes an der Amtstafel der Gemeinde Pöndorf kundgemacht.

Zusätzlich wird dieses Schriftstück im Internet unter der Adresse der Behörde (www.bmimi.gv.at/eisenbahn-verfahren) in geeigneter Weise kundgemacht.

ergeht an:

1. Gemeinde Pöndorf
Pöndorf 5, 4891 Pöndorf

vorab per E-Mail an gemeinde@poendorf.at

zur ortsüblichen Verlautbarung der Kundmachung und Auflage des Bauentwurfes (Parie C, inkl. Gutachten gemäß § 31a EisbG) und einer Kopie des Antrags vom 19.12.2025 zur allgemeinen Einsicht umgehend bis einschließlich 29.01.2026.

Um Verständigung etwaiger anderer, hier nicht bekannter oder nicht unmittelbar verständiger Anrainer, allenfalls betroffener Einbautenträger, sowie durch das gegenständliche Bauvorhaben berührter Grundeigentümer bzw. Berechtigter direkt durch die Gemeinde wird ersucht. Die erfolgte Verständigung ist von den Beteiligten unter Beisetzung des Verständigungsdatums auf der Rückseite des Kundmachungsstückes zu bestätigen.

Allfällige Verlautbarungs- oder Zustellmängel, welche die Nichtigkeit des Verfahrens zur Folge haben können, wollen rechtzeitig der Eisenbahnbehörde bekannt gegeben werden.

Es wird überdies ersucht, die mit dem Anschlag- und Abnahmevermerk versehene Kundmachung und Bestätigungen über allfällig erfolgte Verständigungen von weiteren Anrainern, Einbautenträgern sowie durch das gegenständliche Bauvorhaben berührten Grundeigentümern bzw. Berechtigten, sowie den übermittelten Bauentwurf nach erfolgter Auflage an das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur zu übermitteln.

als betroffene Gebietskörperschaft gemäß § 31d EisbG;

2. Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Abteilung VIII/C/11, Verkehrs-Arbeitsinspektorat Schienenbahnen
Stubenring 1, 1010 Wien


vorab per E-Mail an: yiiiic11@sozialministerium.gv.at

3. ÖBB-Infrastruktur AG
Praterstern 3, 1020 Wien

vorab per E-Mail an: gerda.lutz-kutschera@oebb.at und elisabeth.gruber@oebb.at

Für den Bundesminister:

Mag. Dr. Erich Neumeister, LL.M.

	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Datum	2026-01-07T12:46:33+01:00
	Seriennummer	2069212815
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-07,OU=a-sign-corporate-07,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at/

Angeschlagen am ..1.2..Jan..2026

Abgenommen am ..3.0..Jan..2026

Er